



**Geschäftsführung
Bezirksvertretung 1 (Innenstadt)**

Frau Dederichs

Telefon: (0221) 26144

Fax : (0221)

E-Mail: Andrea.Dederichs@stadt-koeln.de

Datum: 15.03.2018

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung der
Bezirksvertretung Innenstadt vom 08.03.2018**

öffentlich

6.1.1 Antragstellung beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) auf Erlaubnis zur kontrollierten und lizenzierten Abgabe von Cannabisprodukten zum Zweck des Betriebs von Abgabestellen in der Kölner Innenstadt, gemeinsamer Antrag Grüne, Linke, Gut, Freunde AN/0039/2018

Herr Dr. Albers, Gesundheitsamt, führt zu dem Antrag und der Anfrage der SPD-Fraktion unter TOP 8.16 aus, dass es keine neuen Erkenntnisse sowohl auf der Seite der Beurteilung gesundheitlicher Risiken als auch auf der juristischen Seite gegenüber dem Jahr 2016 gebe. Aufgrund der sich abzeichnenden Regierungsbildung sei keine Änderung der Handhabung auf Bundesebene zu erwarten. Ein erneuter Antrag an das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (Bfarm) werde wahrscheinlich wiederum ablehnend entschieden.

Herr Vincon (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) stellt dar, dass der Antrag nicht darauf abziele, Cannabis weiter zu verbreiten. Erfahrungen aus anderen Ländern würden zeigen, dass man mit einer Legalisierung von Cannabis die Justiz und die Polizei entlaste und Kriminalität eindämme.

Frau Dr. Börschel (SPD-Fraktion) sieht die Zuständigkeit der Bezirksvertretung hier nicht gegeben. Ein Alleingang eines Stadtbezirkes mache keinen Sinn.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. eine Ausnahmegenehmigung gemäß § 3 Abs. 2 BtMG (wissenschaftlichen oder anderen im öffentlichen Interesse liegenden Zwecken) für eine Studie beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) zu beantragen, in der registrierte Teilnehmer Cannabis legal erwerben können. Im Rahmen dieser Studie soll er-

forscht werden, welche Konsequenzen eine legale Abgabe von Cannabis für Konsumenten, die Stadt Köln und die Stadtgesellschaft hätte.

Für diese Studie werden lizenzierten Abgabestellen in Apotheken in der Kölner Innenstadt errichtet.

2. zur erfolgsversprechenden Antragsausarbeitung wird ein Runder Tisch/Fachtag mit Suchthilfeträgern, Drogenexperten, der Polizei und Fachpolitikern einberufen und offene rechtliche Fragen in Bezug auf mögliche Betreiber in Apotheken, deren Beschaffungsmöglichkeiten, sowie zur Gewährleistung des wissenschaftlichen und/oder öffentlichen Interesses, beispielsweise durch Begleitung geeigneter Forschungsstellen, geklärt.

3. nach erteilter Ausnahmegenehmigung den Rat der Stadt Köln aufzufordern, die nötigen Schritte einzuleiten, um durch eine kontrollierte Abgabe von Cannabisprodukten in lizenzierten Abgabestellen in Apotheken in der Kölner Innenstadt den negativen Auswirkungen der Prohibition und des dadurch entstehenden Schwarzmarkts entgegen zu treten.

4. Eine sogenannte Arbeitsgruppe „AG-Cannabis“ nach Vorbild des Düsseldorfer Gesundheitsamts zu errichten, sowie eine Strategie zu entwickeln, um eine legale und kontrollierte Abgabe von Cannabis zu ermöglichen. Die Entwicklung zum Cannabiskonsum soll wissenschaftlich begleitet und ausgewertet werden: Steigt oder sinkt die Menge der gesundheitlichen Schädigungen bzw. wie entwickelt sich der Schwarzmarkt?

5. alle Voraussetzungen für dieses Pilotprojekt zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die SPD-Fraktion und die CDU-Fraktion.